

Mit gleichem Sinn und Mut

Befreiungstag in Buchenwald 2016



Agnès Triebel (rechts) und Kamil Majchrzak (neben ihr) bei der Baumpflanzung

Im Mittelpunkt des diesjährigen Befreiungstages in Buchenwald sollte die Eröffnung der neuen Ständigen Historischen Ausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald stehen – so war es den Verlautbarungen aus den Medien zu entnehmen. Bundes- und Landesprominenz dominierte den Ettersberg, wie bei solchen Veranstaltungen üblich.

Die noch anwesenden vierzig ehemaligen Häftlinge waren jedoch in der dunklen Nadelstreifenwolke ein zwar gut umsorgtes, aber eher bescheidenes Grüppchen. Über die neue Ausstellung wird noch zu reden sein.

Nicht so wahrgenommen wie das Großereignis wurde anderes. Am 13. April stellten im Weimarer Stadtarchiv Gitta Günther und Gerhard Hoffmann ihr Buch »Konzentrationslager Buchenwald 1937 bis 1945. Kleines Lexikon« vor. In Anwesenheit des Oberbürgermeisters, der seiner Wertschätzung für diese Arbeit Ausdruck verlieh, folgten über fünfzig Anwesende dieser Buchpräsentation.

Im Rahmen des Projekts »Bäume für Buchenwald« des Lebenshilfe-Werkes Weimar/Apolda e.V. wurden in einer sehr eindrucksvollen Veranstaltung, zu der die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora (LAG) eingeladen hatte, sechs Bäume gepflanzt. Die Bäume sind mit Tafeln versehen, denen Namen und biografische Angaben bzw. der Stiftungszweck und die Namen des Stifters zu entnehmen sind. Nachdem die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

das Pflanzen solcher Gedenkbäume im Umfeld der Gedenkstätte erfolgreich unterbunden hat, fand die Pflanzung in der unmittelbaren Nähe des ehemaligen Gustloff-Werkes Weimar, in dem Häftlinge schufteten mussten, statt.

Dr. Irmgard Seidel gedachte in bewegenden Worten der 27.000 Frauen des KZ Buchenwald, die in den Außenkommandos Zwangsarbeit leisten mussten. Ihnen ist ein Baum gewidmet, der vom Dresdener Jugendverein »Roter Baum«, von der Partei DIE LINKE und der VVN-BdA Sachsen-Dresden gestiftet wurde. An die französische Widerstandskämpferin Lise London erinnerte Agnès Triebel aus Paris vom Internationalen Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos, Kamil Majchrzak würdigte die polnische Kameradin Danuta Brzosko-Mędryk, André Goldstein sprach zu seinem Vater, dem Kommunisten, Spanienkämpfer, Häftling in Auschwitz und Buchenwald, Kurt Julius Goldstein.



Dr. Irmgard Seidel bei ihrem Vortrag

Frau Debel erinnerte an ihren Vater, Josef Safferling, und der Essener Gewerkschafter Jan Mrosek sprach zu dem Antifaschisten Theo Gaudig. Den Baum für Theo Gaudig stiftete der Oberbürgermeister von Essen, der ein Grußwort sandte.

Flötenspieler der blinden Martina Rother und Lieder vom Weimarer deutsch-russischen Frauenchor bildeten einen feierlichen Rahmen. Schließlich animierte Pascal Gabay mit kraftvoller Stimme und seinem Akkordeon zum gemeinsamen Singen von »Bella ciao«. Mitglieder und Freunde der LAG, Freunde aus Essen, Berliner Freunde und Kämpfer der Spanischen Republik 1936-1939 und viele weitere Interessierte bekundeten den Willen, das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstands zu wahren.

Am Sonntag fand das VII. Treffen der Nachkommen statt, zu dem die LAG in den Konferenzsaal der Weimarer Marie-Seebach-Stiftung eingeladen hatte. »Die Frauen des KZ Buchenwald« lautete das Thema des Treffens. Nach dem emotional tief wirkenden Einspiel einer DVD zur Erinnerung an die Frauen und der verlesenen Begrüßung durch den Vorsitzenden der LAG, Günter

Pappenheim, referierte die stellvertretende Vorsitzende der LAG, Dr. Irmgard Seidel, zum Thema. Im Zusammenhang mit ihren Forschungen hatte sie viele Interviews mit den von den Nazis geschundenen Frauen geführt, worüber sie ausführlich berichtete und so ein Bild von Leid, Selbstbehauptung und Widerstand der Frauen und Mädchen zeichnete. Damit gab sie den Frauen, die lange nicht als Häftlinge des KZ Buchenwald wahrgenommen wurden, Gesicht und Stimme. Mit dem Treffen leistete die LAG einen beachtenswerten Beitrag, diese Problematik dem Vergessen zu entreißen. Mit einer abschließenden Erklärung der Teilnehmer des VII. Treffens der Nachkommen wurde einmütig dokumentiert, dass Mahnen und Gedenken unverzichtbare Elemente antifaschistischer Gedenkkultur bleiben müssen. Wohl deshalb wird das Treffen der Nachkommen durch die Gedenkstätte Buchenwald beharrlich ignoriert, während Grußworte vom Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Vorsitzender des Stiftungsrates, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff; vom Vorsitzenden des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose; der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora Freundeskreis und von der Bundesvereinigung der VVN-BdA eingingen. Am Nachmittag fand am Fuße des Glockenturms auf Einladung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) eine Gedenkundgebung statt, auf der Bertrand Herz als Präsident des IKBD und Enric Garriga, Präsident des Vereins für Mauthausen und andere Konzentrationslager sprachen. Es war wohlthuend zu wissen, dass die meisten der Anwesenden gleicher Sinn und gleicher Mut vereint.

Gerhard Hoffmann

Neue Literatur zu Buchenwald

Gitta Günther/Gerhard Hoffmann: Konzentrationslager Buchenwald 1937 bis 1945. Kleines Lexikon. Rhino Verlag, Ilmenau 2016. 232 S., 19,95 €

Die Frauen des KZ Buchenwald. Hrsg. Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora. Berlin 2016. 100 S. Gegen Spende ab 3 € und ggf. Versandgebühren über E-Mail: g.plessgott@web.de

Wir fordern einen bundesweiten Gedenktag zum 8. Mai

Gemeinsame Initiative aus VVN-BdA und IPPNW, Aachener Friedenspreis und ATTAC Deutschland für den 8. Mai als regelmäßigen Gedenktag: 8. Mai 1945: Tag der Befreiung. Mit dieser Erklärung traten vier Organisationen der Friedensbewegung gemeinsam an die Öffentlichkeit:

Der Zweite Weltkrieg stellt ein Menetekel dar, ein Warnungszeichen an die gesamte Menschheit, den Weg des hemmungslosen Machtkampfes und der schrankenlosen Zerstörung zu beenden. Auf drei Kontinenten wurde von 1939 bis 1945 mit bis dahin nicht erlebter Rücksichtslosigkeit gegenüber jedem menschlichen Leben von dem verbrecherischen deutschen NS-Staat und seinen Verbündeten ein Eroberungskrieg geführt, dessen Ziel Ausrottung und Unterwerfung anderer Nationen und rassistisch ausgegrenzter Gruppen war.

Über 50 Millionen Menschen verloren ihr Leben – zum Ende zeigten die Atombombenexplosionen in Hiroshima und Nagasaki, dass nun die Mittel zur völligen Vernichtung der Menschheit den Militärmächten zur Verfügung stehen.

Wer aus seiner Geschichte nicht lernt, ist verurteilt, solche Verbrechen und selbstverschuldeten, ungeheuren Katastrophen erneut zu erleben.

Deutschland ist seit dem Kosovo-Krieg, über Afghanistan und nun Syrien auf einem verhängnisvollen Weg der Verleugnung seiner entsetzlichen Kriegsgeschichte. Die »Enttabuisierung des Militärischen« (Gerhard Schröder) ist weit vorangeschritten.

Der historischen Ambesie muss im Interesse unserer Zukunft entschieden entgegengetreten werden. Deswegen werden wir uns dem Vergessen entgegenstellen, und unsere Forderung auch weiter vertreten: den 8. Mai als »Tag der Befrei-

ung« zu einem nationalen Gedenktag festzulegen.

In anderen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten wird der Jahrestag des Kriegsendes in Europa als Feiertag begangen, so in Frankreich, Tschechien und der Slowakei, in den Niederlanden (am 5. Mai), in Italien (am 25. April). In der Sowjetunion wurde am 9. Mai der Tag des Sieges begangen – in der DDR war übrigens seit 1950 der 8. Mai gesetzlicher Feiertag zum Gedenken an den Sieg über den Faschismus. Und warum wurde und wird in NATO-Deutschland dieses geschichtsträchtige Datum verdrängt?

Für uns gilt die denkwürdige Klarstellung des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der am 8. Mai 1985 sagte: »Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Ver-

gangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft. Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.«

Heute droht unser Geschichtsbild überschattet zu werden von einem erneuerten Feindbild gegen Russland, dem Kern der früheren Sowjetunion, die mit 27 Millionen Toten die größten Opfer für die Befreiung Europas vom Faschismus gebracht hatte. Wir brauchen den Gedenktag auch zur Mahnung an die Befreiung von Kriegspropaganda, die im Kern von Rassismus, Streben nach Dominanz über abhängige Staaten und Eroberung von Ressourcen angetrieben wurde. Die Kontinuitäten der heutigen Politik sind bedrohlich, die Erinnerung an die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und zugleich die Aufdeckung seiner Ursachen ist ein wichtiges Element einer friedensfähigen Zukunft.

Mit Willy Brandts Worten »Vom deutschen Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen« halten wir uns an das Grundgesetz Art.

26 GG und widersprechen der Geschichtsvergessenheit aktueller deutscher Politiker, die von wachsender Verantwortung Deutschlands reden und direkt oder indirekt militärisches Eingreifen in fremden Ländern meinen, immer wieder unter Bruch des Völkerrechts.

Wir begründen unsere Forderung im Sinne des Schwurs der Häftlinge von Buchenwald bei ihrer Befreiung: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Ausstellung:
»Neofaschismus in
Deutschland«



Nächste Termine
2016

Düsseldorf: 1. Mai Fest
Duisburg: 1. Mai Fest
Bremerhaven: Schulzentrum
30. Mai bis 3. Juni
Recklinghausen: Freiherr-
vom-Stein-Gymnasium, 27. Juni
bis 8. Juli

Alle Informationen und Termine:
www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

In vielen Städten und Gemeinden wird der 8. Mai bereits – auch ohne Segen des Parlaments und der Regierung – als Tag der Befreiung begangen. Wir rufen dazu auf, entsprechend überall initiativ zu werden.

Matthias Jochheim (IPPNW)
Ulrich Sander (VVN-BdA)
Aachener Friedenspreis – attac

Die Organisationen sind:

IPPNW: International Physicians for the Prevention of Nuclear War (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs) – Ärzte in sozialer Verantwortung (www.ippnw.de)

VVN-BdA: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (www.vvn-bda.de)

ATTAC: Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohl der Bürger (www.attac.de/)

Aachener Friedenspreis (www.aachener-friedenspreis.de/)



»Wir kämpfen weiter bis zur Rehabilitierung der Betroffenen!«

Solidarität mit Berufsverbotsopfern

Am 17. Februar demonstrierten erneut 30 Opfer der Berufsverbotspolitik, unterstützt von zahlreichen Menschen vor dem Stuttgarter Landtag – aufgerufen von der Initiative »40 Jahre Radikalenerlass« und der VVN-BdA. Anlass war die Weigerung der Regierungsfractionen von Grünen und SPD Mitte Januar, einen Antrag auf Rehabilitierung und Entschädigung der von Berufsverbot Betroffenen einzubringen, nachdem dies in einem »Runden Tisch« Ende 2015 noch angekündigt worden war.



Demo der Berufsverbotsopfer vor dem Stuttgarter Landtag am 17. Februar 2016 Foto: Wolfgang Rüter

In Bremen und Niedersachsen wurden bereits 2011 und 2014 Beschlüsse zur politischen Aufarbeitung, Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen gefasst. In Baden-Württemberg hat dies an vorderster Front ausgerechnet der Grünen-Ministerpräsident Kretschmann verhindert, der einst selbst vom Berufsverbot betroffen war. Allenfalls könne es zunächst eine wissenschaftliche Aufarbeitung und im Anschluss, nach Prüfung jedes Einzelfalls, eventuell Rehabilitierungen geben. SPD-Fraktionsvorsitzender Schmiedel hatte sich im Sommer 2015 zu der Ungeheuerlichkeit verstiegen, man wolle vermeiden, dass durch einen Beschluss auch Nazis rehabilitiert würden. Offensichtlich wollen sich politische Kräfte die Berufsverbote weiter offen halten. Der Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszκόczy, der 2007 erst nach drei Jahren und mehreren erfolgreichen Prozessen eingestellt wurde, wird bis

heute, sogar verschärft, vom sich »Verfassungsschutz« nennenden Inlandsgeheimdienst überwacht.

Einer der Betroffenen, Reinhard Gebhardt aus Mannheim, hatte zur Kundgebung seinen Rentenbescheid mitgebracht, der, verursacht durch sein damaliges Berufsverbot, auf lediglich 583 Euro brutto lautet.

Zum fünften Mal ausgeschrieben:

Alfred Hausser Preis



Zum fünften Male schreibt die VVN-BdA Baden-Württemberg den Alfred Hausser Preis aus. Bewerbungsfrist ist der 30. September 2016. Der Preis wird alle zwei Jahre für Arbeiten und Projekte zur Forschung und Vermittlung von örtlichen oder regionalen Ereignissen während der Nazizeit verliehen, um die Erinnerung an den Widerstand, die Verfolgten und die Opfer des Faschismus wachzuhalten. Ein Faltblatt mit weiteren Einzelheiten ist im Landesbüro der VVN-BdA erhältlich.

Alfred Hausser war Widerstandskämpfer der ersten Stunde, wurde 1934 verhaftet und später zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er überwiegend in Einzelhaft und bei Zwangsarbeit verbringen musste. Nach der Befreiung gehörte er zu den Mitbegründern/Mitbegründerinnen der VVN und setzte sich bis zu seinem Lebensende für Entschädigung der Opfer und gegen alte und neue Nazis ein. Er war lange Jahre Vorsitzender der VVN Baden-Württemberg, später Ehrenvorsitzender der Landes- und der Bundesvereinigung. **DL**

Zumindest für diese Altersarmutsfälle fordert die Initiativegruppe eine materielle Entschädigung in Form einer Aufzahlung zur Rente.

Für die Initiativegruppe bzw. Betroffenen sprachen Christina und Klaus Lipps (beide Baden-Baden), Lothar Letsche (Tübingen), Werner Siebler (Freiburg), Martin Hornung (Eppelheim), Michael Dandl für

den erkrankten Michael Csaszκόczy (Heidelberg) sowie Reinhard Gebhardt (Mannheim). Bernd Riexinger, Parteivorsitzender und Spitzenkandidat der Linken, hielt eine Solidaritätsansprache. In Grußbotschaften von GEW, ver.di und IG Metall bekräftigten diese ihre auf Gewerkschaftstagen beschlossenen Forderungen für die Aufhebung sämtlicher Berufsverbots-Erlasse, Rehabilitierung und Entschädigung.

Die Betroffenen waren sich auf der Kundgebung einig: »Wir geben auf keinen Fall auf!« Sie wollen auch unter dem neuen Landtag kämpfen, bis zum Erfolg. Auch der IG Metall-Bezirksleiter hat sie in seiner Grußbotschaft bestärkt: »Der Radikalenerlass hat Bürger- und Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten. Es ist so, dass man Unrecht auch zweimal begehen kann. Indem man es zunächst einmal zulässt. Und es dann nicht aus der Welt schafft, obwohl es ein Leichtes wäre, genau dies zu tun. Die IG Metall steht – wie die anderen DGB-Gewerkschaften auch – hinter euch. Solange, bis wir gemeinsam Vollzug melden können. Euer Roman Zitzelsberger.«

Martin Hornung, Eppelheim/
Heidelberg, Berufsverbot 1975



Foto: www.beobachternews.de

Ostermärsche: Fluchtursache Krieg bekämpfen!

Die Ostermärsche in Baden-Württemberg haben einen neuen Anlauf genommen. An gleich zwei Orten, Offenburg und Marbach, gab es neue, zusätzliche Ostermarschaktionen und auch bei den traditionellen Ostermarschorten legten die Teilnehmerzahlen zu. Beim landesweiten Ostermarsch in Stuttgart waren es 1.500 Teilnehmer, in Ellwangen über 300, in Offenburg fast 200, in Mannheim 150, in Müllheim mehrere hundert, am Bodensee 750 Menschen, die für den Frieden demonstrierten.

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Ostermärsche bayernweit mit erfreulicher Resonanz

Ein Recht auf die Güter dieser Welt

In den großen Städten sowieso, aber auch in vielen kleineren Gemeinden fanden in Bayern über mehrere Tage hinweg die Ostermärsche statt – und nicht selten konnten die Veranstalter melden, dass Interesse und Beteiligung gegenüber den Vorjahren zugenommen hatten.



E-Book zum Frauen-Widerstand

Aus Anlass der Neuerung, dass wir auf der Homepage der VVN-BdA-Kreisvereinigung Augsburg nun auch eine E-book-Version (pdf) des Buches »Augsburger Frauen im Widerstand« zur Verfügung stellen, möchten wir euch auf unsere Homepage aufmerksam machen: www.vvn-augsburg.de. Das E-book kann unter den Rubriken »Publikationen«, »E-book« oder »Literaturhinweis« gelesen oder kostenlos heruntergeladen werden.

Vielerorts waren Mitglieder der VVN-BdA aktiv dabei – die Schwerpunkte des Aufrufes der VVN-Bundesorganisation zu den Ostermärschen 2016 hießen: »Keine Bundeswehr im Ausland – Syrieneinsatz beenden!«, »Rüstungsexporte stoppen!«, »Flüchtlinge aufnehmen – Fluchtursachen bekämpfen!«

Themenschwerpunkte dieser Art prägten in unterschiedlichen Formulierungen und Gewichtungen das Bild der meisten Kundgebungen und Demonstrationen landauf landab. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt von der Auftaktveranstaltung auf dem Münchner Karlsplatz-Stachus am Ostersonntag (Foto: Werner Rauch).

Hier gerade nicht im Bild, aber bei den Kundgebungen und dem Demonstrationzug in der bayerischen Landeshauptstadt mit dabei: VVN-Mitglieder mit Fahnen und Umhängeschildern, auf denen es ein nach wie vor aktuelles Zitat aus einem der letzten Flugblätter der Geschwister Scholl und ihrer Kampfgefährten von der Widerstandsgruppe Weiße Rose zu lesen gab: »Jedes Volk, jeder einzelne hat ein Recht auf die Güter dieser Welt!«

mb

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtsstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai: Hans Besold, Unterhaching, 93 Jahre; Martin Löwenberg, München, 91 Jahre; Eva Sengle, Füssen, 88 Jahre; Ingeborg Bräuhauser, München, 85 Jahre; Jürgen Wilk, Schweinfurt, 70 Jahre

Juni: Helmut Steuerwald, Nürnberg, 86 Jahre; Franz Hammer, Weiden, 80 Jahre; Ibo Gauter, Kempten, 75 Jahre; Renate Künzel, München, 70 Jahre; Günter Mönius, Nürnberg, 65 Jahre; Klaus Fuchs, Regelsbach, 60 Jahre

Spenden für die VVN-BdA Bayern:

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Esther Bejarano und Microphone Mafia auf Frühjahrs-Tournee

Konzerte, die Mut machen

Regensburg, Hof, Bamberg, Nürnberg, Rosenheim...In zahlreichen Gegenden Nordbayerns, aber auch ganz im Süden des Freistaats waren Esther Bejarano und die Microphone Mafia in diesem Frühjahr auf Tournee. Vielerorts gab es ausverkaufte Säle und ein begeistertest Publikum. Hier ein Bericht vom Konzert in Hof:

Im Rahmen ihrer Tournee durch Franken und die Oberpfalz gastierten Esther Bejarano und die Microphone Mafia am 4. März in Hof. Das Konzert war eine Premiere für alle Beteiligten: Für die Künstler, die erstmalig in Hof auftraten, für die beiden Veranstalter, das örtliche Bündnis »Hof ist bunt statt braun« und die VVN-BdA Hof-Wunsiedel, wie auch für das Publikum aus der Saalestadt und Umgebung, das einen solchen Auftritt der ganz

besonderen Art bisher auch nicht kannte.

Im Hofer »Haus der Jugend« war schon vor Beginn kein freier Platz mehr zu bekommen, etwa 200 Besucher warteten gespannt. Die junge Lena Kropp aus Hof eröffnete den Abend mit einer Auswahl aus ihren einfühlsamen Poetry-Slam-Texten, die ausgezeichnet ankamen. Dann folgte eine Lesung von Esther Bejarano aus ihren Erinnerungen, die alle in ihren Bann zog. Auch der



Oberbürgermeister der Stadt Hof, Dr. Harald Fichtner (CSU), war schwer beeindruckt. Er kam auf die Bühne und überreichte Esther Bejarano ein Geschenk der Stadt. Und beim gemeinsamen Auftritt dann von Esther Bejarano, ihrem Sohn Joram und

Kutlu Yurtseven und Rossi Pennino von der Microphone Mafia gab es beim Finale stehende Ovationen des Hofer Publikums. Ein Konzert, das Mut gemacht hat, weiterhin gegen Nazis und gegen Krieg aufzustehen.

Randolph Oechslein



Ungeheuerliche Erkenntnis über VVN-BdA Antifaschisten verbreiten Antifaschismus

»In Jugendcamps und Kongressen kommt es immer wieder zum Austausch mit autonomen Gruppierungen, wobei das Themenfeld Antifaschismus im Vordergrund steht.« So steht es tatsächlich wortwörtlich im unlängst der Öffentlichkeit vorgelegten Verfassungsschutzbericht 2015 des Bayerischen Innenministeriums im Abschnitt über die VVN-BdA, die wieder titulierte wird als »bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus«.

In dem schlichten Satz über Jugendcamps und Kongresse gerinnt, neben den üblichen alljährlich mit leichten Modifizierungen wiederholten Unterstellungen, die Politik und die Aktivitäten der VVN und ihrer Mitglieder betreffend, das veröffentlichte »Geheimwissen« über unsere Organisation im vergangenen Jahr. »Das Themenfeld Antifaschismus im Vordergrund...«. Wer hätte das von der VVN und

ihren Gesprächspartnern wohl gedacht? Und dann auch noch »im Austausch«...

Fände all dies nicht statt in einer Atmosphäre zunehmender rassistischer Attacken, rechtspopulistischer und neofaschistischer Provokationen und Angriffen auf Leib und Leben von Menschen anderer Herkunft und Anschauung, dann könnten solcherlei »Erkenntnis«-Veröffentlichungen als unfreiwillige Komik abgehakt werden. Aber die Verhältnisse sind halt nicht so.

Und deshalb sind wir es nicht nur dem Vermächtnis der Gründerinnen und Gründer unserer Organisation, den Überlebenden aus Widerstand und NS-Verfolgung, sondern auch uns selbst und unseren Nachkommen schuldig, dass wir uns gegen die alljährlichen Diffamierungen durch den Inlandsgeheimdienst in Bayern weiterhin wehren. Juristisch und politisch. Und wo immer möglich: »im Austausch«.

Ernst Antoni

Gedanken nach den Erlebnissen in Lettland Schon europäischer Standard?

An den Aktionen gegen den »Tag der Legionäre« im März in Riga – siehe auch den Hauptteil dieser »antifa« – beteiligten sich auch Mitglieder der VVN-BdA aus verschiedenen Regionen Bayerns. Martha Müller (auf dem Bild hinter dem VVN-Transparent in der Mitte) und Franz Egeter vom VVN-Kreisverband Augsburg schrieben danach zu den Ereignissen einen Leserbrief, der in der Tageszeitung »junge welt« in voller Länge zu lesen war. Hier ein Auszug daraus:

»Um die Protestaktionen (...) gegen den Aufmarsch zu Ehren der Waffen-SS zu unterstützen, folgten wir gerne der Einladung der Organisation »Lettland ohne Nazismus« und der Jüdischen Gemeinde Rigas. Der skurrile Zug mit uniformierten Vertretern der lettischen Legion der Waffen-SS, ihren Angehörigen und Burschenschaftlern und Nazisympathisantinnen und -sympathisanten aus Lettland, Estland, Litauen und der Ukraine führte nach dem von einem riesigen Polizeiaufgebot geschützten Gottesdienst in der St.-Peter-Kirche

– angeführt von einem Geistlichen – zum Aufmarschplatz am »Freiheits-Monument. Etwa 100 Meter entfernt war in einem angrenzenden Park die antifaschistische Protestaktion angemeldet, bei der Hunderte von Namen der von NS-Kollaborateuren ermordeten Rigaer Jüdinnen und Juden vorgelesen wurden.

Schon bei unserer Ankunft in Riga wurden wir anhand »schwarzer Listen« überprüft, ständig von Polizei in Uniform und Zivil begleitet, kontrolliert, nach anderen aus der BRD angereisten Leuten befragt,

abfotografiert, angehalten und belästigt. Im Hotel wurde eine ältere Mitstreiterin, die ebenfalls die Einreise in den EU-Staat geschafft hatte, nach dem Einschlafen von der Immigrationspolizei aus dem Bett geholt, und andere wurden früh morgens zur Kontrolle und Einschüchterung geweckt usw.

Dieses Verhalten der lettischen Behörden gegenüber Antifaschis-

tinnen und Antifaschisten ist offensichtlich inzwischen europäischer Standard. Wir erinnern uns an die Einreiseverbote für Menschen aus dem Nachbarland Österreich zur Zeit des G7-Gipfels in Bayern und an die Einreiseverbote nach Deutschland für die Musikerinnen und Musiker der antifaschistischen türkischen Band Grup Yorum im vergangenen November (...).«

Widerstand gegen »Integrationsgesetz« formiert sich Einschränkungen von Grundrechten

Der Widerstand gegen das von der CSU-Staatsregierung geplante Integrationsgesetz, das diesen Namen nicht verdient, sondern auf ganz anderes abzielt, formiert sich. »Was hier auf dem Tisch liegt, ist ein Angriff gegen uns alle«, so der Arbeitskreis »Aktiv gegen rechts« bei ver.di München, der ein breites Bündnis gegen den Gesetzentwurf initiierte.

Nachdem auch Verbände von der Staatsregierung aufgefordert waren, zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, hat VVN-BdA-Landessprecherin Renate Hennecke unsere Kritik zusammengefasst: »Der Entwurf ist inakzeptabel. Er geht davon aus, dass Asyl nicht ein Recht ist, auf das Flüchtlinge Anspruch

haben, sondern dass es selektiv als Gnade gewährt werden kann. Er betrachtet Zuwanderer, insbesondere Flüchtlinge, als Bedrohung für die Gesellschaft. Er gibt vor, Integration zu fördern, will aber mit der Vorgabe einer verpflichtenden bayerischen »Leitkultur« Assimilation erzwingen.« Renate Hennecke

verweist auf zahlreiche skandalöse Inhalte des Gesetzentwurfes, so die Abhängigmachung des Rechts auf Schulbildung vom Aufenthaltsstatus, die Möglichkeit, den Besuch von Schwimmbädern an Belehrungen über die FDGO zu knüpfen und die pauschal erwogenen Einschränkungen von Grundrechten. Das Gesetz plant, »im Vorfeld strafrechtlicher Relevanz«, das heißt auf gut deutsch, wenn keine Straftat begangen wird, die Sicherheitsbehörden, also Polizei statt Justiz, zu ermächtigen, Bußen bis zu 50.000 Euro zu verhängen, um Missachtung bzw. Gleichgül-

tigkeit gegenüber den »freiheitlich-demokratischen Werten« zu disziplinieren. »Eine solche Sonderjustiz ist mit unseren Auffassungen von Demokratie unvereinbar«, so die VVN-Landessprecherin.

Zur Auftaktkundgebung gegen den antidemokratischen Gesetzentwurf am 6. April im Münchner Gewerkschaftshaus hatten neben unserer Landessprecherin, dem ver.di-Arbeitskreis »Aktiv gegen rechts« (Günter Wangerin und Hedwig Krimmer) auch GEW-Landesvorsitzender Anton Salzbrunn, Wolfgang Stöger von der Humanistischen Union, der bayerische Verfassungsrichter Dr. Klaus Hahnzog und unser Münchner VVN-BdA-Kamerad Florian Ritter (MdL SPD) geladen.

Guido Hoyer

Journal fixe kritisiert offizielles Gedenken an NS-Verfolgung von Frauen in Berlin

Misglücktes Gedenken und Erinnerungslücken

Wo bleibt das Gedenken an Antifaschistinnen? Wo und wie wird an den Widerstand und die Verfolgung von Frauen in der NS-Zeit erinnert? Beim Antifa Jour fixe der Berliner VVN-BdA am 21. März 2016 wurde darüber am Beispiel des Berliner Frauengefängnisses Barnimstraße diskutiert. Es wurde heftige Kritik am dortigen offiziellen Gedenken geübt. Die VVN will aktiv werden.

Das Frauengefängnis Barnimstraße war in Berlin der zentrale Ort der Verfolgung von Antifaschistinnen. Beim Jour fixe erinnerte ich an die zahlreichen Initiativen, deren es bedurfte, bis endlich 2015 ein offizieller Gedenkort in der Barnimstraße eröffnet wurde.

Die VVN-BdA hat Kundgebungen durchgeführt und Gedenktafeln angebracht, die Galerie Olga Benario eine Wanderausstellungen an vielen Orten in Berlin gezeigt. 1997 wurde ein Film mit Zeitzeuginnen aus der NS-Zeit fertiggestellt. Und Schul- und Jugendprojekte haben an ermordete Frauen aus der Barnimstraße erinnert.

2007 hatte der Berliner Senat und der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg für ein »Gesamtkonzept des Erinnerns ... unter besonderer Berücksichtigung der Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus« zu einem Wettbewerb eingeladen. Überzeugend war keiner der sieben künstlerischen Entwürfe.

Die Jury entschied sich für den »Hörweg« von Christoph Mayer. Bis die mehr als 100.000 Euro für die Umsetzung beschafft waren, vergingen Jahre. Und bis zur Fertigstellung

waren die meisten Zeitzeuginnen aus der NS-Zeit verstorben.

Im Zuge der Neubebauung des kriegszerstörten Viertels war das von 1868 bis 1974 als Gefängnis genutzte Gebäude abgerissen worden. Sein Grundriss wurde mit Pappeln gekennzeichnet. Das eingezäunte Gelände wird heute als Jugendverkehrsübungsplatz genutzt.

Den Weg zum Gedenkort weisen blaue Markierungen auf den Bürgersteigen der das Viertel umgebenden Moll-, Otto-Braun- und Friedenstraße. Vor dem Eingang in der Weinstraße erinnert eine 1977 aufgestellte Stele an Rosa Luxemburg, die mehrmals hier inhaftiert war.

In der Baracke auf dem Verkehrsübungsplatz wird der Audioguide ausgeliehen. Dann dirigiert die Stimme des Künstlers 85 Minuten über den mit Verkehrszeichen markierten Platz. Hingewiesen wird

auf die nicht mehr vorhandenen Gebäudeteile des Gefängnisses. Anonyme Frauenstimmen erzählen über Haftgründe und -erlebnisse.

Nicht aufgeklärt werden die Hörenden darüber, dass es sich dabei zum einen um zwei ehemalige Häftlinge, jeweils eine aus der NS- und eine aus der DDR-Zeit, handelt, und zum anderen um ausgedachte, von Schauspielerinnen eingesprochene Texte einer Kindsmörderin aus dem Kaiserreich und der NS-Euthanasie-Mörderin Hilde Wernicke.

Aber nicht nur Zeitzeuginnenaussagen und Fiktion werden vermischt. Da auch kaum nachvollzogen werden kann, wann wer warum inhaftiert war, werden alle Unterschiede der Haftbedingungen zu verschiedenen Zeiten verwischt. Die Besonderheiten des NS-Unrechts werden nicht benannt.

Dass mehr als dreihundert Frauen während der NS-Zeit in der Barnimstraße auf ihre Hinrichtung warten und hunderte Mütter dort ihre Kinder zur Welt bringen mussten, erfährt man nur dank einer auf Initiative von Schülerinnen und Schülern der Spartacus-Grundschule mit Unterstützung der VVN-BdA 2010

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

angebrachten Gedenktafel am Zaun. Am Ende des Jour fixe wurde auch danach gefragt, wie an andere Gefängnisse, in denen Berlinerinnen während der NS-Zeit inhaftiert waren, erinnert wird. Für die Zuchthäuser Jauer und Lübeck gibt es bis heute keine Aufarbeitungen. In Cottbus steht das Erinnern an die DDR-Häftlinge im Vordergrund. Und das vollständig erhaltene Frauengefängnis Kantstraße in Charlottenburg wurde gerade an einen privaten Investor verkauft. Um diesen nicht zu verschrecken, darf nicht einmal eine Gedenktafel angebracht werden.

Der VVN-Vorstand nimmt gerne weitere Meinungen zum »Audioweg« und Anregungen für das antifaschistische Gedenken in der Barnimstraße entgegen.

Claudia v. Gélieu

*Audioweg Frauengefängnis Barnimstraße, 90 Min.: Jugendverkehrsübungsplatz, Weinstraße 2, Mo-Sa 10-18 Uhr (an Feiertagen geschlossen), letzte Geräteausgabe 16 Uhr
Literatur: Claudia v. Gélieu, Barnimstraße 10. Berliner Frauengefängnis 1868-1974. Erweiterte und überarbeitete Neuauflage, Metropolverlag, Berlin 2014*

75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion:

»Es war doch so ein herrlicher Sommertag« – Die Kinder des Internationalen Kinderheims von Iwanowo Sonja Moldt (Jg. 1929), Ulla Perner (Jg. 1933), Herbert Stein (Jg. 1932) erzählen, wie sie den 22. Juni 1941 erlebt haben.
Moderation: Hans Coppi.
22. Juni 2016, 19 Uhr, Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin | Tram M4, Bus 142, 200, Haltestelle Am Friedrichshain

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 16. Mai 2016, 18.30 Uhr: »Wir müssen etwas machen!«



Anlässlich seines 100. Geburtstages treffen wir Fritz Schmid, der in Berlin im antifaschistischen Widerstand aktiv war. Fritz Schmid beteiligte sich aktiv im sozialistischen Widerstand in Berlin-Pankow. 1930 war er mit seinen 14 Jahren einer der Jüngsten, der sich in der SAJ organisierte. Kurze Zeit darauf schloss er sich dem KJVD an.

Damals waren sie sich einig, etwas dem aufkommenden deutschen Faschismus entgegenzusetzen. Aus dieser Gruppe entwickelte sich eine eigene Widerstandsgruppe, die illega-

le Flugblätter herstellte. Musste dieses Material versteckt werden, musste Fritz ran. Es dauerte nicht lange, und er wurde zur Wehrmacht eingezogen. Doch damit endete sein Widerstand nicht ... Mit Fritz Schmid spricht Anne Hunger.

Montag, 20. Juni 2016, 18.30 Uhr: Dr. habil. Tatjana Ansbach liest aus ihrem Buch »Fremd«

Flucht, Asyl, Migration: Insbesondere das Kennenlernen persönlicher Schicksale kann die verzweifelte Lage dieser Menschen ins Bewusstsein rücken, Rassismus Intoleranz und Vorurteile aus mangelndem Wissen und Ängsten abbauen, Parallelwelten

verhindern sowie Verständnis und Nähe schaffen. Tatjana Ansbach, Juristin mit langjähriger Erfahrung in der Migrationsberatung, vermittelt in ihren berührenden Erzählungen ein reales Bild, warum Menschen ihre angestammte Heimat verlassen und was ihnen in Deutschland widerfährt. In ihrer Arbeit als Rechtsanwältin begegnete die Autorin zahlreichen Flüchtlingen, die in Deutschland leben. Aus deren Perspektive erzählt, liegt jeder dieser erschütternden Geschichten ein tatsächlicher Fall aus ihrer Praxis zugrunde. Mitgefühl statt Vorurteile für Menschen in Not. Ein Plädoyer für Toleranz und Menschlichkeit.

9. Mai – 9 мая: День Победы – Wer nicht feiert, hat verloren!

71 Jahre Befreiung vom Faschismus!

Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass unsere Idee, auch in Berlin den 9. Mai als Tag des Sieges über den Faschismus – День Победы – zu feiern, so erfolgreich sein könnte. Was als kleines, beinahe privates Fest begann, ist heute ein großes fröhliches Volksfest mit großem Zuspruch gerade auch aus der russischsprachigen Community in Berlin. Hier wird »Völkerfreundschaft« beim Wort genommen! Und so wimmelt es auf unserem Fest von Menschen aus aller Welt, die gemeinsam essen, trinken, feiern und nicht zuletzt der Befreiung vom Faschismus und der vielen Opfer, die gerade die Menschen der Sowjetunion dafür bringen mussten,

gedenken. Der 9. Mai 1945 war in Deutschland der erste Tag des Friedens.

In den letzten Jahren haben wir ein großes Banner auf Russisch, Ukrainisch und Deutsch über den Eingang unseres Festes gehängt: »Солидарность вместо национализма! – Солидарність замість націоналізму! – Solidarität statt Nationalismus!« Das soll auch in diesem Jahr eines unsere Leitmotive sein: »Besinnt Euch! Erstickt Euren Hass, redet miteinander, statt aufeinander zu schießen! Hört auf uns, die in faschistischen

Lagern das wenige Brot miteinander teilten.« – Dieser Appell ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener an die Bürgerkriegsparteien in der Ukraine hat uns tief beeindruckt.

Wir freuen uns, auf unserem Fest als Zeitzeugen Oleksandr Danylovich Bychok (*1925) aus Kiew (Ukraine) – er überlebte das KZ-Buchenwald – und Petr Alaev (*1922) aus Riga (Lettland) – er nahm an der Operation zur Befreiung Berlins teil – begrüßen zu können!



Neben Informations- und Bücherständen, Führungen zum Sowjetischen Ehrenmal, einem Kinderfest und russischer Küche wird es ein deutsch-russisches Kulturprogramm mit der Internationalen Musik und Singegruppe Impuls Gropiusstadt, Trio Scho (Russian Swing aus Berlin und Odessa), Bruno Punani (BalkanBeats), 44 LENINGRAD (Russian Speedfolk) geben. Unterstützung für unser Fest ist natürlich heiß begehrt und auch notwendig. Wir freuen uns über Kuchenspenden für unser Antifa-Café und auch tatkräftige Unterstützung am Tage selber.

BO 8. Mai der Berliner VVN-BdA

9. Mai 2016, ab 15 Uhr! Am Treptower Park, beim Eingang zum Sowjetischen Ehrenmal (Höhe Botschaft der Republik Belarus), neuntermai@vvn-bda.de

Der internationale Tag der Roma »Romaday« am 8. April in Berlin

Opre Roma! – Steht auf, Roma!

Auf Initiative des Vereins RomaTrial und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas hatte sich im Februar in Berlin der Öffentlichkeit ein »Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas« vorgestellt und einen Aufruf veröffentlicht, der zahlreiche prominente Erstunterstützerinnen und -unterstützer fand.

Die Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ), der Paritätische Gesamtverband, der Lesben- und Schwulverband in Deutschland die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Amnesty International, die Arne-Friedrich-Stiftung, die Diakonie, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz wollten nicht fehlen, um gemeinsam mit dem Bundes Roma Verband, dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, dem Zentralrat der Juden und etlichen anderen Institutionen dem Aufruf das entsprechende politische Gewicht zu verleihen. Nach zwei Monaten hatten sich dem Aufruf magere 2.500 Menschen angeschlossen – mal ehrlich: Das war eher ein Versuch. Für das aktuelle Schicksal der Sinti und Roma und zur Solidarität konnten die zahlreichen Verbände leider kaum interessieren und bewegen.

Der Kundgebung am 8. April um 12.00 Uhr am Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas mangelte es dann auch über promi-

nente Rednerinnen und wohlmeinende Politikerinnen wie Claudia Roth und Petra Pau hinaus an Zulauf aus der breiteren Bevölkerung. Kurzfristig hatte sich hoher Besuch angekündigt: Bundespräsident Joachim Gauck, geübter Umarmender Opfer deutscher Vernichtungspolitik, mischte sich unter die Gäste. Er wurde nicht ums Wort gebeten, eine kluge Entscheidung der Organisatoren und Organisatorinnen. Reden durfte und sollte Aydan Özoğuz, Staatsministerin bei

der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Sie sagte dann auch ein paar ganz kluge und sympathische Worte zu deutschem Rassismus, geschichtlicher Verantwortung und antiziganistischer Kontinuität in Deutschland – das eigentlich Entscheidende aber beschwieg sie beflissentlich: 71 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus werden in Deutschland wieder Roma in Lager gesteckt. Sie heißen nicht mehr »Zigeunerlager« sondern »Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen«, im Volksmund griffiger »Balkanlager« oder – noch zutreffender – »Abschiebelager«. Diesen schalen Eindruck von der Veranstaltung

konnten auch die durchweg guten Reden von Zoni Weisz, Auschwitz-Überlebender, im Internationalen Auschwitz-Komitee aktiv, von Soraya Post, Romni und Abgeordnete des Europäischen Parlaments und von Mark Dainow, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, nicht aufheben. Highlights waren der Auftritt der beiden Brüder Kefaet und Selami Prizreni, aka K-Pluto, Gipsy und KAGE aus Essen. Die Rapper Kefaet und Selami sind nach ihrer Abschiebung in den Kosovo wieder in ihre Ruhrpott-Heimat zurückgekehrt und führten den Anwesenden die Verlogenheit deutscher Politik und Politiker/Politikerinnen witzig und lautstark vor. »Freut uns, dass sich der Bundespräsident unsere Musik reinziehen muss!«

Dass es auch anders geht, zeigte der Nachmittag. Auf einer Kundgebung am Brandenburger Tor meldeten sich selbstbewusst selbstorganisierte Roma-/Romni-Aktivistinnen und -Aktivisten aus Berlin, Deutschland und ganz Europa aus drei Generationen zu Wort und machten deutlich, dass mit ihnen in Zukunft zu rechnen ist. Mit einem »Alle bleiben« verabschiedet sich der Berichterstatter und hofft, dass sich in Zukunft ein paar mehr solidarische Nichtroma/Nichtromni für den Romaday interessieren.

Markus Tervooren

Ehrung für Gilberto Bosques

Auf Beschluss der BVV Friedrichshain-Kreuzberg vom 25. Februar 2016 erhält die Volkshochschule des Großbezirkes den Namen des mexikanischen Diplomaten Gilberto Bosques, der durch die großzügige Ausstellung von Visa tausenden von den Nazis Verfolgten unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen oder politischen Bekenntnisses das Leben rettete, darunter Anna Seghers, Hanns Eisler, Walter Janka, Marie Pappenheim, Egon Erwin Kisch und Bruno Frei. Vom Memorial für die Helden und Märtyrer des Holocaust in Israel Yad Vashem wurde er als »Gerechter unter den Völkern« geehrt. Die Beschäftigten der Volkshochschule haben angeregt, die Volkshochschule Friedrichshain-Kreuzberg nach Gilberto Bosques zu benennen. »Denn hier und heute sind zahlreiche Menschen auf der Flucht und vielleicht mehr denn je angewiesen auf mutige, humanistisch denkende und handelnde Menschen, die bereit sind, sie bei sich aufzunehmen, wie dies Gilberto Bosques getan hat«, heißt es in der Begründung.



Anti-Nazi-Kundgebung in Buchholz

Eine ganze Stadt zeigt Gesicht



Der 3. April war ein großer Tag für Buchholz und für Heideruh, aber vor allem ein großer Tag für alle, die Flüchtlinge willkommen heißen und rechtsradikale Propaganda verhindern wollen. Rund 700 Buchholzer Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher politischer Anschauung zeigten Gesicht gegenüber 22 Nazis, die von 250 Polizisten und Polizistinnen geschützt wurden.

Erfreulich viele Einwohnerinnen und Einwohner blieben in der Innenstadt und gingen rund um den abgesperrten Marktplatz spazieren. Nach dreistündiger Kundgebung auf dem einsamen Marktplatz von Buchholz

rollten die Rechtsradikalen um 16.20 Uhr ihre Transparente ein und verließen, von der Polizei eskortiert, den Marktplatz Richtung Bahnhof, während vor allem junge Antifaschistinnen und

Antifaschisten deutlich machen, dass sie nie wieder kommen sollen.

Die Polizei ließ es sich nicht nehmen, jeden einzelnen Nazi zu schützen. So hinderte sie beispielsweise die evangelische Jugend Tostedt durch Einkesselung auf dem Bahnsteig daran, ihren Zug zu nehmen, damit ein Krakeelender diesen besteigen konnte.

Ein anderer Vorfall regt zum Denken an: Ein junger Antifaschist wird von einem Polizisten angerempelt. Der junge Antifaschist fragt ihn, warum er dies täte. Antwort:

»Ihr Schwuchteln traut euch doch eh nicht,



In aller Kürze: Esther Bejarano

Die Patriotische Gesellschaft Hamburg verleiht am 10. Mai 2016 Esther Bejarano die Ehrenmitgliedschaft. Liebe Esther, wir gratulieren Dir ganz herzlich.

Landesvorstand der VVN-BdA Hamburg

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDE3333

euch zu wehren.« Diese Äußerung verletzt erstens das Antidiskriminierungsgesetz und zweitens widerspricht es dem Auftrag zu deeskalieren.

Der Tag kann trotzdem als Erfolg für alle antifaschistisch denkenden Menschen gewertet werden. Ein so breites Bündnis von Antifa bis hin zu den Gemeindevertretern und -vertreterinnen aller Parteien darf berechtigt behaupten, dass »eine ganze Stadt Gesicht gezeigt« hat.

Bea Trampenau

Hamburger VVN-BdA Termine

Sa, 7. Mai, 14.00 Uhr

»71 Jahre 8. Mai: Befreiung – was sonst?« Szenischer Spaziergang und Demonstration
Treffpunkt: Valentinskamp 34

Sa, 7. Mai, ab 16.00 Uhr Fest der Befreiung

Vor 71 Jahren wurden nicht nur die Überlebenden des Nazi-Terrors befreit, sondern die ganze Gesellschaft. Wir wollen gemeinsam diesen Jahrestag der Befreiung feiern mit einem vielseitigen Programm mit Musik, politischen Gesprächen, Lesungen und Informationen für den gemeinsamen Kampf für Frieden und Menschlichkeit.

Veranstalter: Hamburger Bündnis »8. Mai«

Ort: Hamburger Wallanlagen, bei der Minigolfanlage

So, 8. Mai, 11.00 Uhr

Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg
Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!
Es spricht: Gabriele Heinecke



Musik: Chor Hamburger GewerkschafterInnen
Ort: Friedhof Ohlsdorf, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus

und Krieg, gegenüber »Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf«, im Anschluss ab ca. 12.00 Uhr Gedenken auf dem Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer. Es spricht Reinhardt Silbermann

Di, 10. Mai, 11-18 Uhr

Mai 1933: Zuerst brannten die Bücher... Verboten – verbrannt – vergessen?

Hamburg liest gegen das Vergessen
Veranstalterin: Arbeitskreis »Bücherverbrennung – nie wieder!«
Ort: Platz der Bücherverbrennung, Kaiser-Friedrich-Ufer/Bundesstraße – Wiese Ecke Heymannstraße am Isebekkanal

Sa, 21. Mai, 11.00 Uhr

Mahnmal »Tisch mit 12 Stühlen«. Ehrung und Vorstellung der WiderstandskämpferInnen, mit Kurzbiographien

Veranstalter: VVN-BdA Eimsbüttel
Treff: U-Bahn Niendorf-Nord (Nordausgang, oben)

So, 22. Mai, 17.00 Uhr

Film: »Korczak« von Andrzej Wajda, Polen 1991

Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

24. Mai bis 29. Juni

»Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus.«

Wanderausstellung der Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN)

Ort: Hamburger Rathaus

Mi, 1. Juni, 19.00 Uhr

Film und Gespräch »Meine Schwester Irma – Ein Opfer der Kinder-Euthanasie« von Jürgen Kinter. Einführung und Diskussion Dr. Rebecca Schwoch, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

So, 26. Juni, 17.00 Uhr

Film: »Die Spur des Vaters – Nachforschungen über einen unbeeendeten Krieg« von Christoph Boekel, BRD 1989

Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Kinder und Enkel des Widerstands und der Verfolgten

Lutterothstraße 62



»Ulla und Ludn Levien vor 1940« – Privatbesitz: André Buschmann

Zum dritten Mal machten wir, die VVN/BdA KV Eimsbüttel, unseren Eimsbüttel-Nord-Rundgang zu Stätten von Widerstand und Verfolgung in der Nazizeit, im Rahmen des Monats des Gedenkens in Hamburg Eimsbüttel. Vor dem Hause Nr. 62 wird über Ursula (Ulla) und Ludwig (Ludn) Levien erzählt.

Schon als kleiner Junge wollte ich am Küchentisch immer wieder die spannenden Geschichten hören, wie auf meine Großeltern, meinen Onkel geschossen wurde. Oder von Ullas Freundinnen aus der Sowjetunion, denen sie Essen und Hilfe gab. Oder wie sie behandelt wurde, als sie meinem Opa frische Kleidung ins KZ Fuhlsbüttel brachte. Damals (ich war circa acht Jahre alt) interessierte mich nicht so, dass sie sich vor dem Zweiten Weltkrieg heimlich mit Freunden und Genossen in ihrer Wohnung oder auf Kanufahrten trafen, um z. B. Radiosendungen auszuwerten.

Nun, der kleine Junge wurde größer. Lernete auch, was er nicht wusste, bekannte und weniger bekannte Zeitzeugen und Widerstandskämpfer kennen.

Ulla wurde 1916 geboren, wuchs in einem sozialdemokratischen Haushalt auf, ging in die SAJ und war vorher bei den Kinderfreunden. Und machte nach der Volksschule eine kaufmännische Ausbildung.

Ludn, 1907 geboren, wuchs ebenfalls in einem sozialdemokratischen Elternhaus auf. Obwohl beide Eltern arbeiteten, als Schneiderin bzw. als Klempnergeselle, war kein Geld für eine weiterführende Schule da. So lernte Ludn nach der Volksschule Maler bei seinem Onkel. Geprägt durch Berichte seines Vater vom

Ersten Weltkrieg, die unbewusste Teilnahme am Hamburger Aufstand von 1923 als Kurier, Gespräche u. a. mit Willi Bredel und Hugo Sieker (die seinen Wissenshunger mit Bücher stillten), verließ er die AJ (später SAJ), ging in den KJVD und dann in die KPD. Er machte bei Wahlkämpfen für die KPD als aktiver Wassersportler mit.

1934 lernten sich beide kennen. Ulla schrieb: »Wir merkten gleich, dass wir beide gegen Hitler waren.« Zehn Tage nach ihrer Hochzeit 1935 wurde Ludn von der Gestapo verhaftet. Bei dem Prozess »Held und andere« wurde er zu über zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er sagte später zu seinen Kindern und Enkeln: »Lest Willi Bredels »Die Prüfung« um zu erfahren, was ich im KZ Fuhlsbüttel erlebt habe.« Auch Ulla schrieb und erzählte, wie demütigend es war, wenn sie mit den anderen Frauen vor dem Tor stand, um frische Wäsche zu bringen, wie sie und die anderen Frauen von den Wärtern beleidigt wurden.

Doch das brach ihre Haltung gegen den Hitler-Faschismus nicht.

1937 wurde Ludn entlassen und fuhr zur Wohnung in der Lutterothstr. 62, die Ulla 1935 bezogen hatte.

In dieser Wohnung nun trafen sie sich ab 1937 mit Freunden und Genossen in regelmäßigen Abständen, um ausländische Radio- und Zeitungsmeldungen zu bewerten, über ihre KZ-Erfahrungen zu reden und später über ihre Erlebnisse als Soldaten. Oft trafen sie sich mit anderen (Widerstands-)Gruppen, um auf Alster, Elbe und den Nebenflüssen Kanu zu fahren und am Abend am Lagerfeuer ihre Erfahrungen und Berichte mit denen anderer auszutauschen. Zu Aktionen kam es nicht.

Ludn bekam den Tipp: Wenn er sich nicht freiwillig zur Wehrmacht meldet, muss er ins Strafbataillon 999. Inwieweit er bewusst zur Wehrmacht gegangen ist, um dort politisch zu arbeiten, ist nicht bekannt. Jedenfalls schrieb er auch, dass seine »Vergangenheit« bekannt war. Er kam ins besetzte Frankreich. Sicher auf Grund seiner »Vergangenheit« durfte er –glücklicherweise– nicht mehr als Schweine hüten und fotografieren.

Ulla wurde mit ihrem Sohn Uwe und »Pflegebruder« Hansi 1943 in die Lüneburger Heide evakuiert, was für mich als kleiner Junge sehr



»Ulla und Ludn Levien vor 1980« – Privatbesitz: André Buschmann

abenteuerlich wirkte, aber es war natürlich bitterer Ernst. Ulla wäre zum Tode verurteilt worden, wenn ihr nicht geholfen worden wäre.

Sie half den Bauern auf dem Feld und in der Küche, um besseres Essen für ihre Kinder zu bekommen. Durch die Küchenarbeit lernte sie auch zwei junge Frauen aus der Sowjetunion kennen, die nach

Deutschland verschleppt worden waren, um hier zu arbeiten. Alle drei wurden Freundinnen. Eine der beiden Zwangsarbeiterinnen wurde schwanger. Ulla half mit einer Bäuerin, dass die junge Frau nicht in ein KZ, sondern wieder zurück auf den Hof kam.

Auf einer Fahrt ins Nachbardorf wurde Ulla von einem sowjetischen Kriegsgefangenen mitgenommen. Er wurde anzüglich. Ulla sang aus Angst alle politischen Lieder, die sie von Ludn gelernt hatte. Der Gefangene fragte: »Du Kommunist?« Um es kurz zu machen: Diese Begegnung führte dazu, dass Ulla viele Lebensmittel sammelte, unter anderem auch bei der Bäuerin, die der jungen Frau geholfen hatte. Sie konnte die Lebensmittel den Kriegsgefangenen geben.

Doch Ulla wurde verraten. Aber es kam nicht zur Verhaftung, da das Lager mit den Lebensmitteln rechtzeitig geleert wurde. Außerdem hatte Ulla einen Deserteur versteckt: Erich Tiedeböhl, den auch Ursula Suhling in einem ihrer Bücher erwähnt.

Nach der Befreiung trafen sich Ulla und Ludn in der Lüneburger Heide. Sie zogen wieder in die Lutterothstraße in Hamburg Eimsbüttel. Waren aktiv in der VVN und, bis zum Verbot 1956, in der KPD.

Ludn war Zeitzeuge, er sprach mit vielen Menschen über seine Erlebnisse, kämpfte gemeinsam mit jungen Menschen gegen alte und neue Nazis, gegen Krieg und Faschismus. Er war in der Geschichtskommission Hamburg der VVN-BdA und aktiv in der Gedenkstätte Ernst-Thälmann. 1987 starb er mit 79 Jahren.

Ulla schrieb ihre Geschichte 1992 auf. Da war sie schon sehr krank und konnte nicht mehr viel machen. Sie starb 2010 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 94 Jahren.

Ludn sprach als kommunistischer Zeitzeuge am 1. Mai 1982 bei der Ausstellungseröffnung von »Vorwärts und nicht vergessen«, Arbeiterkultur um 1930, Hamburg Kampnagel. Ich half die Sprachprobe von Ludn auf eine Tonbandkassette (mittlerweile auf MP3) zu bekommen. Und schrieb gemeinsam mit Ulla 1992 deren Erinnerungen auf.

André Buschmann, Enkel von Ulla und Ludn Levien

Erinnerung an Peter Gingold Bilder von der Matinee im Frankfurter Haus Gallus



Ein voll besetztes Haus (Blick in die vordere Hälfte des Saales). Links: Zum Finale traten die Künstler gemeinsam auf. Bild darunter: Esther Bejarano verliest ihren zum 100. Geburtstag von Peter Gingold verfassten Brief. Rechts daneben: Peters Bruder Siegmund aus Paris wollte ebenso dabei sein. Darunter: Im Gespräch miteinander (von links): Tochter Silvia Gingold, Bruni Freyeisen (Gingold-Erinnerungsinitiative) und Edith Erbrich (als Kind ins KZ Theresienstadt verschleppt).

Bilder von Anka Hätzel und Norbert Birkwald



Matinee zum 100. Geburtstag von Peter Gingold

Ein voller Erfolg

Die Matinee zum 100. Geburtstag von Peter Gingold, die am 13. März im Frankfurter »Haus Gallus« stattfand, war eine beeindruckende und alle Teilnehmenden zufriedenstellende Veranstaltung. Der große Saal einschließlich der Empore war mit rund vierhundert Besuchern und Besucherinnen voll besetzt.

Mathias Meyers von der Gingold-Erinnerungsinitiative eröffnete die Veranstaltung, Stadträtin Elke Sautner (SPD) überbrachte die Grüße des Oberbürgermeisters und des Magistrats. Ulrich Schneider (VVN-BdA) hielt die Laudatio, in der er Stationen des Lebensweges und der Kämpfe Peter Gingolds schilderte, sein Engagement und seine besondere Ausstrahlungskraft hervorhob.

»Sahnestücke« der zweistündigen Matinee waren die musikalischen Darbietungen der Klezmer-Gruppe Tacheles & Schmu und der Gruppe »Grenzgänger«, die mit modernisierten Versionen bekannter Widerstandslieder besonders gut ankam.

Bewegende Momente waren die Auftritte des 93-jährigen Bruders Siegmund Gingold, der aus Paris gekommen war, und der von Esther Bejarano, die einen eigens zum

100. Geburtstag verfassten Brief an ihren Freund Peter Gingold verlas.

Durch die von Philipp Teubner bearbeiteten Interview-Ausschnitte erschien Peter Gingold auf der Leinwand noch einmal in Ton und Bild in seiner sehr ansprechenden Art.

Krönender Abschluss der Matinee war dann das gemeinsame Finale aller mitwirkenden Künstler – zusammen mit der unverzagten 91-jährigen singenden Esther Bejarano.

Am Abend brachte dann das Hessische Fernsehen einen Bildbericht von der Matinee, so dass auch die Fernsehzuschauer sehen konnten, was sich da ereignet hatte: eine vollauf gelungene Veranstaltung der Gingold-Erinnerungsinitiative und der Frankfurter VVN-BdA.

»Diese Matinee wird uns lange in Erinnerung bleiben«, schrieb eine begeisterte Teilnehmerin. **pcw**

Fronhof in Hanau wäre der geeignete Ort

Plädoyers für eine Gedenkstätte

Im südhessischen Main-Kinzig-Kreis werden in DKP und SPD Überlegungen angestellt, wie es zu erreichen ist, im Hanauer Fronhof, wo während der Naziherrschaft Nazigegner aller Art eingesperrt und drangsaliert wurden, bevor sie ins Zuchthaus oder KZ verschleppt wurden, eine Gedenkstätte anstatt eines neuen Hotels oder dergleichen einzurichten.

Nach dem Auszug der Stadtbibliothek sei das geschichtsträchtige Gebäude am Hanauer Schlossplatz der passende Ort für ein Museum und Dokumentationszentrum des antifaschistischen Widerstandes und der Naziopfer, heißt es bei der DKP, die sich bereits seit längerem intensiv mit solchen Überlegungen und Forderungen befasst.

Gerade in einer Zeit, in der sich rechtsradikales und auch faschistisches Gedankengut immer weiter ausbreite, sei es notwendig, ein wirkungsvolles Zeichen zu setzen.

Bei der Ausarbeitung des Konzepts sollten Angehörige der Angeklagten des 88er Prozesses, der im Mai 1935 Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose

aus Hanau um Umgebung traf, beteiligt werden.

Auch in der Hanauer SPD werden ähnliche Überlegungen angestellt. Auf Seiten der Stadt heißt es zwar, man sei sich der großen Bedeutung der Widerstandsbewegungen bewusst, halte aber das Historische Museum am Schloss Philippsruhe als den geeigneteren Ort, wo man »diesen Teil der Hanauer Geschichte« berücksichtigen könne.

Für Antifaschisten im Main-Kinzig-Kreis ist das ein Ausweichen und entspricht nicht der Bedeutung des antifaschistischen Widerstandes und der Opfer der Naziherrschaft. Der Fronhof wird deshalb auf der Tagesordnung bleiben. **P. C. Walther**

VVN-BdA an »Frankfurt liest ein Buch« beteiligt

Auch am 10. Mai auf dem Römerberg

Mit einer eigenen Veranstaltung – in Kooperation mit der Initiative Gegen Vergessen / Für Demokratie – beteiligte sich die Frankfurter VVN-BdA an der diesjährigen Veranstaltungsreihe »Frankfurt liest ein Buch«.

Die inzwischen zum siebten Mal in Frankfurt stattgefundenen jährliche Veranstaltungsreihe erstreckt sich über mehrere Tage. Sie besteht täglich aus mehreren Veranstaltungen an vielen Stellen der Stadt, meistens Lesungen, zum Teil auch verbunden mit Gesprächen, Vorfürhungen und

dergleichen. Aufhänger ist ein für das gesamte Programm ausgewähltes Buch. Dabei handelt es sich in der Regel um ein zeitkritisches Thema. In diesem Jahr war es der Roman »Frankfurt verboten« von Dieter David Seuthe, die Geschichte einer jungen jüdischen Pianistin zu Beginn der Naziherrschaft.

Auf den Einwurf, ob es denn »schon wieder« ein solches Thema sein müsse, antwortete Verleger Rainer Weiss bei der Eröffnungsveranstaltung, dass die Rechtsentwicklung mehr denn je Anlass sei, »wieder politischer zu werden« und sich gegen rechte Umtriebe zu engagieren.

Vorlage für die Lesung der VVN auf dem Frankfurter Römerberg an

der Gedenkplatte zur Bücherverbrennung war das auch in diesem Buch behandelte Ereignis. Die Schauspielerinnen Bettina Kaminski las aus mehreren damals verbrannten Schriften.

Die Frankfurter VVN-BdA wird zum Jahrestag der Bücherverbrennungen auch am 10. Mai von 17.00 bis 19.00 Uhr wieder auf dem Römerberg ihre



inzwischen schon zur Frankfurter Tradition gewordene öffentliche Lesung abhalten.

Ausstellung zum NSU-Komplex

Noch bis zum 1. Juni ist in der Bildungsstätte Anne Frank (Hansaallee 150) eine Ausstellung zum NSU-Komplex mit dem Titel »Es sind noch zu viele Fragen offen...« zu sehen. Geöffnet ist dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, sonntags von 12 bis 18 Uhr.

Es sei, sagt der Prospekt, »eine Ausstellung über den Umgang mit dem Verdrängen und Vertuschen, Schreddern und Schweigen. Ein Raum, zur Erinnerung an die Opfer. Mit Lücken und Leerstellen.« Verbunden mit der Ausstellung sind Veranstaltungen, die sich mit Ereignissen und Hintergründen des gewaltsamen und des alltäglichen Rassismus sowie mit dem Umgehen damit befassen (Weitere Informationen unter: www.bs-anne-frank.de).

Redaktion: P. C. Walther,

Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt
a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband
Hessen! Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Erfolgreicher Ostermarsch 2016 in Wolfsburg

Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!

Rund 200 Menschen demonstrierten am Ostersonntag in Wolfsburg für Frieden, gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte sowie gegen die Einschränkung des Asylrechts.

Aufgerufen hatte der DGB Wolfsburg gemeinsam mit der VVN-BdA Wolfsburg. Die Kundgebungsreden wurden von Mechthild Hartung, Landessprecherin der VVN-BdA Niedersachsen, Hartwig Erb, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Wolfsburg und Achim Barchmann, MdB (SPD), gehalten.

Mechthild Hartung, die am Sarafrenkel-Platz sprach – benannt

nach einer Zwangsarbeiterin im Volkswagenwerk –, übte dabei harte Kritik an der Bundesregierung. Das Asylpaket II setze das geregelte Asylverfahren außer Kraft, Staaten würden trotz Verfolgung und Folter zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, um Flüchtlinge dorthin abschieben zu können. Geradezu absurd sei es, die Türkei, die den IS und andere Terrorgruppen unterstütze und Krieg

gegen die eigene kurdische Bevölkerung führe, mit Geldgeschenken und Eintrittsperspektive in die EU dafür zu belohnen, dass sie Geflüchtete festhalten soll. Auf diese Weise sollen Flüchtlinge endgültig vor der »Festung Europa« abprallen. Mechthild Hartungs Forderung: Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!

Auch Hartwig Erb stellte klar: »Die Flüchtlinge, die nach Europa

kommen, fliehen vor Krieg, Not, Vergewaltigung und Totschlag.« Und er wurde noch deutlicher: »Wer Waffen produziert und exportiert, der muss sich nicht wundern, wenn getötet wird und Flüchtlinge kommen.«

Auch in den beiden Wolfsburger Zeitungen wurde ausführlich über den Ostermarsch berichtet. So lautete die Schlagzeile in den Wolfsburger Nachrichten vom 29. März: »Klare Worte an der Gedenkstätte: Mechthild Hartung kritisiert das Asylpaket II und lehnt den Namen »Porschestraße« ab.«

Alfred Hartung

Ende von Krieg und Rüstungsexporten gefordert

Ostermarsch in Oldenburg



Krieg – Armut – Flucht. Das war das Motto des Ostermarschs in Oldenburg, bei dem auch die VVN-BdA gut vertreten war. Bei sonnigem Wetter zogen die etwa 250 Teilnehmenden durch die Stadt, wo sie von viel Publikum wahrgenommen wurden. Auch, wenn eine noch größere Beteiligung wünschenswert gewesen wäre, war es doch eine gelungene Aktion. Die Abschlusskundgebung in der Fußgängerzone zog weitere Zuhörer an. Es sprachen Heinz Bührmann (GEW), Sven Blanke

(DGB-Jugend), Jonas Höpken (Die Linke), Ferhat (Oldenburger Solidaritätskomitee Kurdistan). Hauptredner war Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag. Er identifizierte die Kriege als Hauptfluchtursache der Menschen. Ausführlich berichtete er über die gewaltigen Aufrüstungsbestrebungen der USA, der NATO und der deutschen Bundeswehr, die in krassem Gegensatz zu der angekündigten Rüstungskürzung Russlands stehen. Er forderte das Ende der Rüstungsexporte und stellte auch den lokalen Bezug zu Rüstung und Krieg her: In Oldenburg befindet sich der Stab der 1. Panzerdivision, die bereits an mehreren Kriegseinsätzen beteiligt war. In Bremen gibt es in größerem Umfang Rüstungsproduktion, insbesondere im Hochtechnologiebereich.

Die Rede von Lühr Henken ist unter <https://www.youtube.com/watch?v=5AmiLAKghbo> zu hören.

Jörg Meinke



Protest gegen AfD-Auftritt in Wolfsburg

Biedermann als Brandstifter

Am 7. April hatte die AfD zu einer Info-Veranstaltung eingeladen. Daraufhin rief die VVN-BdA Wolfsburg zu einer Kundgebung vor dem Veranstaltungsort auf: »Protestieren Sie mit uns gegen den Auftritt dieser rassistischen Partei!«

In ihrer Ansprache kritisierte Mechthild Hartung, Landessprecherin der VVN-BdA Niedersachsen und Vorsitzende der Wolfsburger Gruppe zunächst, dass die AfD den Protest als »undemokratisch« bezeichnet hatte. Damit entlarve sie ihr Demokratieverständnis. Weiter führte Mecki Hartung aus: »Die Politik der AfD ist geprägt von ungehemmter Aggressivität gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten. Sie will die Gesellschaft nach ihrem rückwärtsgewandten und autoritären Weltbild umgestalten. Die von ihr geforderten Maßnahmen richten sich allesamt gegen die Interessen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen. Ihr vorherrschendes Thema ist die Hetze gegen die Geflüchteten. Das Wort vom »Biedermann als Brandstifter« war noch nie wahrer als jetzt. Die AfD trägt erhebliche politische Mitverantwortung für die tätlichen Angriffe gegen

Flüchtlinge, für jeden Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkünfte.

Dagegen stellen wir unsere Orientierung auf ein solidarisches Miteinander. Wir treten ein für den Erhalt und Ausbau der sozialen und politischen Rechte, wir üben Solidarität mit den Geflüchteten, wir fordern eine eindeutige Politik gegenüber rassistischer Gewalt.«

Mehr als 60 Bürgerinnen und Bürger hatten sich zum Protest eingefunden. Einige ergriffen spontan das Wort, darunter Flüchtlingsbegleiter und -begleiterinnen, Ortsbürgermeister Ralf Mühlisch, Bundestagsabgeordnete Pia Zimmermann oder Diakon Hans-Jürgen Thoms. Zwar konnte der AfD-Auftritt nicht verhindert werden, aber die Anwesenden machten deutlich: Wir wollen die AfD hier nicht haben! In beiden Wolfsburger Lokalzeitungen wurde ausführlich über den Protest berichtet.

Alfred Hartung

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de. Redaktion: Michael Rose-Gille

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Gedenkkundgebung in Oldenburg für Johann Gerdes, erstes Opfer des Naziterrors

Gegen Faschismus gestern und heute

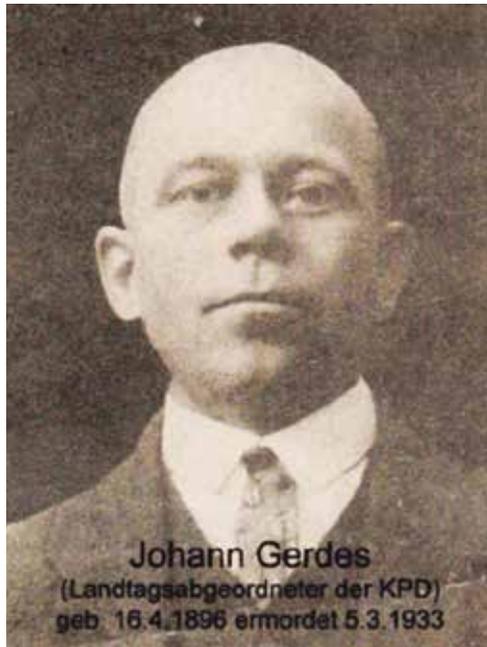
Oldenburg – »ein feine Stadt am Wasser Hunte«, wie es ein Chronist des 18. Jahrhunderts ausdrückte – hat auch eine weniger feine Geschichte. Diese Epoche begann am 22. Mai 1932 mit dem Wahlsieg der NSDAP. Damit war Oldenburg das erste Land im deutschen Reich mit einer faschistischen Regierung.

Ministerpräsident und ein Jahr später Gauleiter wurde Carl Röver, brutal in Worten und Taten. So stellte er während einer Landtagsdebatte einmal den SPD-Abgeordneten Frerichs vor die Alternative: »Sie können sich entscheiden – entweder für die Pistole oder für den Strick!« Frerichs kehrte später nicht mehr aus dem KZ Neuengamme zurück. Er war nicht der Einzige, der Röver und seinen faschistischen Spießgesellen zum Opfer fiel.

Das erste Opfer des Naziterrors in Oldenburg war der KPD-Landtagsabgeordnete Johann »Jan« Gerdes. Er wurde in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1933 unter einem Vorwand aus seiner Wohnung in Ofenerdiek gelockt, von einem SA-Trupp zusammengeschlagen und von deren Truppführer Ernst Thielebeule mit fünf Schüssen niedergestreckt. Jan Gerdes starb nicht sofort. Erst nach zwei Tagen erlag er seinen schweren Verletzungen.

Der Trauerzug vom Pius-Hospital zum Ohmsteder Friedhof war die letzte antifaschistische Demonstration in Oldenburg. 800 Menschen nahmen daran teil. Viele rote Fahnen wurden gezeigt. Als einer der Genossen am

Grab »Rot Front« rief, kam es zum Polizeieinsatz gegen die trauernden Antifaschisten. Jan Gerdes, Mitglied der KPD seit 1928, wurde 1930



Gemeinderatsmitglied für die Partei in Ohmstede und zog im Oktober 1932 als Nachrücker in den Oldenburger Landtag ein. Er war der Landwirtschaftsexperte der KPD in Oldenburg und spielte eine führende

Rolle während des Notstandsarbeiterstreiks 1933 in Ohmstede. Sein Mörder Ernst Thielebeule wurde erst 1947 wegen Totschlags zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Seit 1998 ist eine Straße in Ofenerdiek nach Johann Gerdes benannt. Dort versammelten sich am 5. März 2016 auf Initiative der Oldenburger DKP 29 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Oldenburg, Varel, Hamburg, Bremen und Osnabrück. Nach einem ausführlichen historischen Referat des Oldenburger DKP-Vorsitzenden Marc Galwas nahm die Vorsitzende der VVN-BdA Cornelia Kehrt das Wort. Sie schlug einen weiten Bogen vom historischen Faschismus bis zur Rolle von NPD und AfD, den Bedingungen der Entstehung von faschistischen und rechtspopulistischen Parteien bis zur neuen Weltmachtspolitik der BRD. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, so Conny Kehrt, »erleben wir heute in unserer Gesellschaft einen politischen Dammbreach. Dabei bedienen sich PEGIDA und AfD weniger des historischen Faschismus, aber selbstverständlich knüpfen

sie an seine historischen Grundlagen an: Völkischer Nationalismus und Sozialdarwinismus, ein reaktionäres Frauen- und Familienbild und ein autoritäres Staatsverständnis. So wird mit der Parole »Wir sind das Volk

die faschistische Volksgemeinschaft aufgerufen.«

Es gilt, sich dem mit aller antifaschistischer Kraft und Energie entgegenzustemmen. Für die Kraft zu diesem Widerstand sind Menschen wie Jan Gerdes ein Beispiel. Gedenken motiviert zum Weiterkämpfen. So wurde auch mit Gesang an diesem Tag gekämpft. Werner Groß, Künstlername »uisge« gab der Kundgebung mit – teilweise selbst geschriebenen – antifaschistischen Liedern den passenden musikalischen Rahmen. Vor allem aber geht es darum, überall antifaschistische Bündnisse zu bilden, vorhandene Antifa-Strukturen vor Ort zu stärken oder auch neu aufzubauen. So ist es erfreulich, dass in Oldenburg eine neue Kreisvereinigung der VVN-BdA aufgebaut wird. Nach dem Schlusswort des DKP-Vorsitzenden Genossen Marc Galwas wurden rote Nelken zu Füßen des Straßenschildes mit dem Namen des Oldenburger Genossen und Antifaschisten Jan Gerdes niedergelegt.

Jörg Lorenz, Kreisvereinigung Hannover

Digitaler Stadtrundgang Widerstand in Hannover

Das Netzwerk »Erinnerung und Zukunft« in der Region Hannover, ein Zusammenschluss aus zahlreichen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, hat sich inzwischen eine verbindliche Struktur als e. V. gegeben. Seine erste Initiative war die Produktion eines digitalen Stadtrundgangs für Smartphones und Tablets. Mit ihm können anhand einer Stadtkarte Schauplätze faschistischer Verbrechen, Orte des Widerstands und des jüdischen Lebens in Hannover besichtigt werden. Gezeigt werden dabei im heute stark veränderten Stadtbild die damaligen Ansichten und kurze erklärende Texte. Zugänglich ist alles im Internet unter www.zukunft-heisst-erinnern.de und direkt mit einem QR-Code. Co-Produzent war der Stadtjugendring. Unterstützt wurde das Projekt durch die Landeshauptstadt, die Sparkasse Hannover, den DGB und die IG Metall.

rwk

Bündnis lädt zu Veranstaltungswoche »Gegen rechts« ein **FIR-Ausstellung in Hannover**

Die »Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus« bei der Landeshauptstadt Hannover hatte im letzten Herbst zahlreiche Organisationen und Gruppen zu einem Bündnis eingeladen, um in diesem Frühjahr eine Veranstaltungswoche »Gegen rechts« vorzubereiten.

Sie wird nun vom 27. Mai bis 2. Juni durchgeführt. Unsere Kreisvereinigung hat als Beitrag der VVN-BdA die große Ausstellung der FIR zum »Antifaschistischen Widerstand in Europa« vorgesehen. Da es schwierig war, einen

angemessenen Raum zu finden, mussten wir den Ausstellungstermin bereits auf die Zeit von Mittwoch, den 18. Mai bis Freitag, den 27. Mai legen. Die Ausstellung wird im Foyer der Volkshochschule Hannover, Burgstraße 14, zu sehen sein. Sie

wird am 18. Mai um 19 Uhr durch Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR, eröffnet.

Mit dem letzten Nachmittag soll die Ausstellung direkt zur Eröffnungsveranstaltung der »Woche gegen rechts« überleiten. Das Gesamtprogramm der Woche »Gegen rechts« wird im Internet auf der Seite unserer Kreisvereinigung zu finden sein (hannover.vvn-bda.de/).

rwk

Antrag an die Gedenkstätte der Sozialisten gestellt **Für die Ehrung Wilhelm Knöchels**

Wilhelm Knöchel (1899-1944) war im Krieg Inlandsleiter der KPD, hat eine große Widerstandsbewegung angeführt und zahlreiches illegales Material herausgebracht. Er hat lange Zeit im Ruhrgebiet gewirkt. Knöchel wurde im Juli 1944 von den Nazis ermordet. Nach dem Krieg hat man eine Zeit lang den lügnerischen Äußerungen der Gestapo geglaubt, die gerüchelteweise verbreitet hat, dass Knöchel seine Genossen verraten habe. Die SED hat ihn jedoch rehabilitiert, diese Rehabilitierung aber offenbar 1970 wieder rückgängig gemacht, denn da verschwand die



Ehrentafel für Wilhelm Knöchel aus der Gedenkstätte Friedrichsfelde. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, LV NRW, möchte das Schweigen um Wilhelm Knöchel überwinden. Sie schrieb an den Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg: »Wir bitten Sie, dafür zu sorgen, dass die Ehrentafel für Wilhelm Knöchel wieder angebracht wird.« Außerdem beantragte die VVN-BdA einen Stolperstein für Wilhelm Knöchel am Ort seiner letzten Wohnung in Dortmund am Hombruchsfeld. **U.S.**

Gedenkveranstaltung »Blumen für Pelkum« **Warnung vor neuem Faschismus**

Am Samstag, dem 2. April, fand anlässlich des Jahrestages der »Schlacht bei Pelkum« am Mahnmal auf dem Friedhof des Ortes eine Gedenkveranstaltung des Arbeitskreises »Blumen für Pelkum« statt. Denn wie in jedem Jahr erinnern die Antifaschisten aus Hamm und Umgebung auch 2016 wieder an die Opfer der Märzkämpfe 1920 im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch von Kräften, die Deutschland schon damals faschistische Zustände beschern wollten. Die VVN-BdA erklärte in dem Aufruf: »Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist gezwungen, sie zu wiederholen! Vor dieser einfachen Lehre scheinen breite Teile der deutschen Bevölkerung die Augen zu verschließen. Die diversen »GIDA«-Bewegungen haben nach wie vor großen Zulauf, und die offen rechtspopulistische AfD steigt lokal zur drittstärksten Kraft in der

deutschen Parteienlandschaft auf. Die fortschrittlichen Kräfte sind also gefordert, die Willkommenskultur aufrecht zu erhalten und durch Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen den dumpfen rassistischen und fremdenfeindlichen Impulsen entgegen zu wirken.« Dazu hat auch die Gedenkveranstaltung einen Beitrag geleistet.

Auf der diesjährigen Mahnveranstaltung haben Marc Herter (parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion in NRW) und Detlev Beyer-Peters (Kreisvorsitzender VVN-BdA Recklinghausen) gesprochen. **terry**

Vollständige Aufklärung des NSU-Terrors gefordert **10. Todestag von Mehmet Kubasik**

Vor zehn Jahren starb Mehmet Kubasik unter den Kugeln der NSU-Mörder. Hunderte nahmen am 4. April an dem Gedenkmarsch vom Arbeitsplatz des Ermordeten zum Gedenkstein für alle zehn NSU-Opfer an der Dortmunder NS-Gedenkstätte Steinwache teil. Ein VVN-BdA-Vertreter erinnerte an die vielen ungeklärten Sachverhalte und verwies auf neue beunruhigende Meldungen: »Bevor bald – nach möglichen neuen NSU-Verbrechen – wieder das große Rätselraten losgeht: Warum wurde das nicht beachtet?!, verweise ich auf eine Meldung aus dem Februar 2016: Den deutschen Behörden gelingt es nicht, eine Reihe von mit Haftbefehl gesuchten Neonazis festzunehmen. Über ein Drittel der mit Haftbefehl

gesuchten Neonazis entzieht sich schon länger als ein Jahr der Festnahme, erklärte die Innenexpertin der Linken-Ulla Jelpke (MdB) zu einer Antwort der Regierung. 126 von 372 gesuchten Neonazis würden schon seit dem Jahr 2014 oder länger gesucht. In RAF-Zeiten und lange danach hingen an jeder Tankstelle die Bilder der Gesuchten. Jetzt gibt es keine erkennbaren Bemühungen, neuen Terror von rechts wirklich zu verhindern und den bisherigen wirklich aufzuklären. Wir erfahren nur vom islamistischen Terror, der auch in Deutschland drohe. Die Fortsetzung des NSU-Terrors durch die 372 gesuchten Rechten – ganz undenkbar? Wann wird gehandelt?«

Ulrich Sander

Mit der Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« arbeiten



In Deutschland werden Menschen beschimpft, geschlagen oder ermordet, weil sie aufgrund ihrer Herkunft,

ihrer Aussehens oder ihrer Lebensweise nicht in das Bild passen, das Nazis vom »Deutschen« haben. Über 180 Todesopfer hat die neofaschistische und rassistische Gewalt seit 1990 bereits gefordert, möglicherweise ein Mehrfaches davon – weil Hinweise auf neofaschistische Tatmotive nicht verfolgt wurden. Die Ausstellung will dazu beitragen, dass Neofaschismus nicht auf Dauer zum Alltag gehört. Sie informiert über dessen Ideologie

und Praxis und benennt Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns. Bitte nutzt die Ausstellung in euren Städten und Gemeinden im Kampf gegen Nazis und Rassisten. Sie wurde u. a. schon in Kooperation mit der Stadt Düsseldorf im Düsseldorfer Rathaus und in Duisburg in Kooperation mit dem Betriebsrat bei dem großen Spediteur DB Schenker gezeigt.

Die Ausstellung kann über die Landesorganisation der VVN-BdA NRW geordert und vor Ort gezeigt werden. **JGN**

Weitere Infos: www.nrw.vvn-bda.de/texte/1363_ausstellung.htm und neofa-ausstellung.vvn-bda.de

Empörung über geplantes Bundestreffen der Nazis in Dortmund **Zahlreiche Aktionen der Demokraten geplant**

Für den 4. Juni 2016 hat ein deutschlandweites Bündnis von Neonazis abermals den »Tag der deutschen Zukunft« ausgerufen. In diesem Jahr soll er auf Dortmunds Straßen zelebriert werden, erwartet werden ca. 1.500 Nazis. Das Schauspielhaus Dortmund wird

gemeinsam mit dem Künstlerkollektiv »Tools for Action« (www.toolsforaction.net) und zahlreichen Partnerinnen und Partnern in der Stadt ein deutliches Zeichen des Widerspruchs gegen Rassismus und Antisemitismus setzen – mit Hilfe von aufblasbaren Barrika-

den im Stile Andy Warhols »Silver Clouds«. Eine öffentliche Werkstatt im Schauspielhaus wird die aufblasbaren Würfel bauen; hinzu kommen 14 Workshops an Schulen. Zudem wird der DGB mehrere Aktionstage gegen das Treffen der Nazis veranstalten. **BDGR**

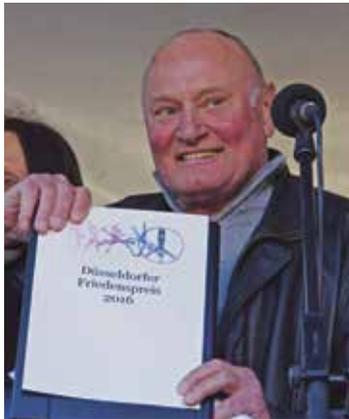
Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Ostermärsche wieder im Aufwind

Zahl der Märsche nahm zu

Viele Medien haben diesmal die Ostermärsche für Frieden und Abrüstung, gegen die Fluchtursache Krieg stark beachtet. Nicht so die Zeitungen der WAZ-Gruppe, die in NRW stark dominiert. Auf Seite eins wurde dort am Tag nach Ostern sogar die AfD hochgeschrieben (Schlagzeile: Die sind hier im Kommen!), und der Ostermarsch wurde runtergemacht («diesmal wieder sehr mager!»). Haben die Herren Redakteure mal aus dem Fenster gesehen, welches Wetter z. B. am Ostermontag herrschte?

Viele gingen nur kurz mit, um dann völlig durchnässt nach Hause zu gehen. Insgesamt verdoppelte sich bundesweit die Zahl der Ostermarschteilnehmer auf 20.000. Es gab solche Entwicklungen: In Münster waren es 100 Demonstranten, bisher waren es eher 30. In Hamm wurde erstmals wieder ein Marsch durchgeführt, angemeldet waren 25; es kamen 150 Ostermarschierer. Überhaupt war die Zahl der Märsche



Jürgen Schuh nimmt den Düsseldorfer Friedenspreis 2016 für die Düsseldorfer VVN-BdA entgegen. Foto: Gisela Blomberg

wieder gewachsen, viele Orte wollten wieder »ihren« Ostermarsch haben.

Nachhilfeunterricht in Geschichte und Politik für die Polizei nötig!

Zu einer überraschend skandalösen Haltung der Polizei zum Ostermarsch-Abschluss von NRW haben Friedensaktivistinnen und -aktivisten in Dortmund Stellung nehmen müssen, und zwar zur Behauptung, die Polizei müsse den Nazis Zugang zur Ostermarschteilnahme sichern, zu der sie ein Recht hätten.

Die VVN-BdA-Kameradin Ula Richter erklärte dazu: »Auch an diesem Ostermontag sahen sich die Ostermarschierer den Pöbeleien der Neonazis im Stadtteil Dorstfeld ausgesetzt. Statt den angemeldeten Friedensmarsch zu schützen und den Nazis einen Platzverweis entlang der Demostrecke zu erteilen, stufte die Polizei die rechten Randalierer als Teil des Ostermarsches ein und ließ sie weiter pöbeln, Demo-Teilnehmer fotografieren und mit Pyrotechnik bewerfen. Dies, obwohl die Ostermarschierer auf Plakaten vorbeugend den Ausschluss der Rechtsextremisten von ihrer Kundgebung und Demo erklärt hatten. Ist der Polizei

nicht bewusst, dass zwischen dem Anliegen der Friedensbewegung und der Ideologie der Nazis Welten liegen? Setzen sich die Einen gegen Hochrüstung und Kriege rund um den Erdball ein, die sie als Ursache für millionenfache Flucht aus den zerstörten Heimatländern sehen, sind die Anderen die Todfeinde des Humanismus, propagieren Hass, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

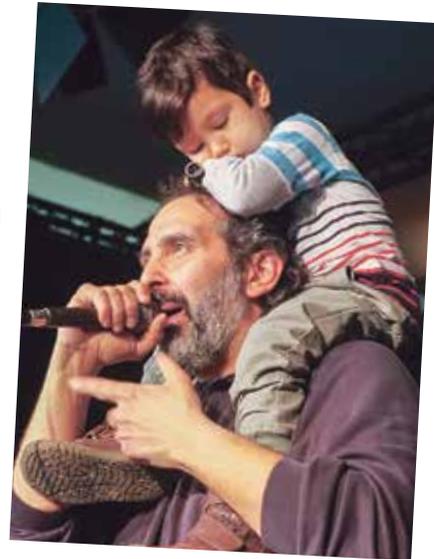
Ihrem »Nie wieder Krieg« fügen sie hinzu: »nach unserem Sieg«, dem Sieg der weißen »Herrenrasse«. Eine solche neofaschistische Gruppierung als Teil des Ostermarsches zu definieren, ist unverzeihlich.«

Friedenspreis an die Düsseldorfer VVN-BdA verliehen

Die Gruppen der Düsseldorfer Friedensbewegung haben am 26. März im Rahmen des Ostermarsches den Düsseldorfer Friedenspreis 2016 an die VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten verliehen. Die Verleihung fand bei der Abschlusskundgebung vor dem Rathaus in der Altstadt statt. Der undotierte Düsseldorfer Friedenspreis wird im jährlichen Wechsel im Rahmen des Ostermarsches Rhein/Ruhr oder am Antikriegstag am 1. September im Maxhaus verliehen. Ausschlaggebend für die Verleihung war die zentrale Rolle, die die Düsseldorfer VVN-BdA bei der Initiierung, Organisation und Propagierung der Veranstaltungen rund um den 70. Jahrestag der Befreiung im Mai letzten Jahres gespielt hat. Erklärt wurde: »Darüber hinaus sind wir aber auch der Auffassung,

dass die alte Losung der VVN »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!« in ihrer Verbindung von Friedenspolitik und Antifaschismus angesichts der heutigen Situation in Deutschland aktueller ist denn je.«U.S.

Vater und Sohn bei der Ostermarsch-Abschlusskundgebung Rhein-Ruhr: Kutlu Yurtseven von der Microphone Mafia. Foto: Klaus Hartmann



Mülheim: Mit Gesang und deutlichen Worten Gegen eine anti-islamische Demo

Rund 400 Gegendemonstranten verschiedener politischer Couleur haben in Mülheim Stellung gegen die Gruppe »Widerstand NRW« bezogen. Mit Hilfe von Telefonketten, Postings auf den Kanälen der sozialen Medien und E-Mail-Verteilern konnten die Aktivisten viele Menschen in kurzer Zeit mobilisieren. »Wir wollen nicht, dass diese wirre Kombination von Leuten durch unsere Stadt zieht«, teilten sie zum Start der Gegendemo über Megafon mit. Ex-OB Dagmar Mühlenfeld, stellvertretende Vorsit-

zende der SPD Mülheim, war mit von der Partie und sprach parteiübergreifend für die anwesenden Gruppierungen der VVN-Bund der Antifaschisten Mülheim, der DKP, der Jusos, der Linken, der MLPD und der Grünen: »Wir haben gemeinsam sehr positive Erfahrungen mit Gegendemos gemacht und sind in der Vergangenheit schon öfter mit schnellen Antifa-Bündnissen aufgetreten. Für mich ist es wichtig, dass das gesamte demokratische Mülheim Flagge zeigt.« Nach: WAZ

Film über die VVN-Dokumentationsstätte Eine Lösung für die Raumsuche?



Eine neue Entwicklung gibt es in Duisburg: Der Rauswurf der VVN-BdA-Dokumentationsstelle aus der Schule Wrangelstraße ist erst einmal abgewendet. Neue Räume der Stadt sollen der VVN-BdA möglicherweise bald zur Verfügung gestellt werden, meldeten die Freunde aus Duisburg. Wir werden weiter berichten. Hier ist ein kleiner Film von der Dokumentationsstelle zu sehen: youtu.be/npAOqsEeg0c. Die Filmemacher von STUDIO 47 – Stadtfernsehen Duisburg schrieben dazu: »Wir hoffen, Sie finden bald neue Räumlichkeiten für Ihre Ausstellung; wir drücken die Daumen!« C.B.

»Redet mit euren Großeltern, fragt sie und hört genau zu.«

Gedenken am »Mahnmal der 53« in Lindenthal

Seit dem vergangenen Jahr, dem 70. Jahrestag der Befreiung, ist das Gedenken in Lindenthal in die reguläre städtische Planung eingegangen. Wie jedes Jahr trafen sich um den Jahrestag des Massakers herum, diesmal am 16. April 2016, Mitglieder und Freunde des VVN-BdA, Nachkommen der Opfer, Vertreter des Russischen Konsulats, Schüler der Paul-Robeson-Schule und Lokalpolitiker am »Mahnmal der 53«. Das Denkmal der 53 markiert den Ort eines Massakers am 12. April 1945, bei dem 53 Häftlinge unterschiedlicher politischer Richtung und Nationalität durch Gestapo- und SS-Männer per Genickschuss ermordet wurden. Alfred Kästner und Paul Küstner, zwei aktive Nazigegner, waren unter den zehn ermordeten deutschen Häftlingen. Außerdem wurden 24 sowjetische, sieben polnische, sechs tschechische, zwei fran-

Der Beharrlichkeit des BdA Leipzig ist es zu danken, dass die Erinnerung an eines der letzten Verbrechen der Faschisten in Leipzig erhalten bleibt.



Die Schüler Timo und Lucas aus dem Neigungskurs »Geschichte« der Paul-Robeson-Schule Leipzig ehrten die internationalen Opfer des Faschismus. Foto: Gustav Peinel

zösische und ein amerikanischer Gefangener umgebracht.

Wie schon häufiger in den letzten Jahren waren unter den Teilnehmern die Tochter und der Sohn von Paul Küstner und ein Enkel von Alfred Kästner. Schüler aus dem Neigungskurs »Geschichte« der Paul-Robeson-Schule aus Leipzig-Wahren nutzten die Gelegenheit, um einen der Erinnerungsorte in ihrer Nachbarschaft kennen zu lernen und Kontakt zu Familienangehörigen von Opfern zu haben. Lucas, der selbst in Lindenthal wohnt, kennt zwar das Denkmal, aber welche Geschichte dahinter sich verbirgt, war ihm bisher nicht klar. Timo macht sich Gedanken in Bezug auf Michael Kästner: »Was ihm da wohl durch den Kopf geht, wenn er dort steht, wo sein Großvater ermordet wurde?« Wolfram Küstner rät ihnen: »Redet mit euren Großeltern, fragt sie und hört genau zu.«

Dr. Gustav Peinel, Leipzig

Frido Seydewitz, 7. Februar 1919 bis 10. April 2016

Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

Am 10. April 2016 verstarb der langjährige Ehrenvorsitzende des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten im Freistaat Sachsen, Frido Seydewitz.

Frido Seydewitz wurde am 7. Februar 1919 in einer Arbeiterfamilie geboren. Eltern und Großeltern waren fortschrittliche Sozialdemokraten. »Bei uns herrschten die guten Traditionen der Bebelschen Sozialdemokratie fort«, schilderte er selbst sein Elternhaus. In seiner Jugend war er Mitglied der sozialistischen Jugendorganisation »Die Falken«.

Sein Vater Max stimmte als Reichstagsabgeordneter gegen den Panzerkreuzerbau, womit er sich gegen seine Fraktionskollegen stellte. Er wurde aus der SPD ausgeschlossen und gründete wenig später mit anderen die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Als im Frühjahr 1933 die Nazis nach Max Seydewitz fahndeten, nahmen sie dessen drei Söhne in Geiselhaft. Frido konnte entkommen und emigrierte in die Tschechoslowakei. Später ging er in die Sowjetunion, wo er aber unter falschen Anschuldigungen verhaftet wurde und viele Jahre in einem Gulag verbringen musste. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus stellte sich Frido Seydewitz an die Seite der Aktivisten der ersten Stunde und setzte sich für den Aufbau eines neuen, demokratischen, friedlieben-



Frido Seydewitz auf der 10. Landesdelegiertenkonferenz der VVN Sachsen. Foto: Peter Giersich

den Deutschland ein. Gern sprach er mit jungen Menschen, brachte ihnen seine Lebenserfahrungen nahe. 1990 wurde er sächsischer Landesvorsitzender der wieder gegründeten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und einige

Jahre später Ehrenvorsitzender der sächsischen VVN.

Wir verlieren mit Frido Seydewitz einen klugen, kenntnisreichen Kameraden, der sich stets für die Völkerverständigung und gegen Rüstung und Kriegspolitik einsetzte. Seine Mahnung an uns und alle Deutschen war: »Wir als VVN-BdA müssen darauf aufmerksam machen, dass es nicht unbedingt einer faschistischen Herrschaft bedarf, um Krieg zu führen. Und wir sollten auch mit Rechnungen die Kriegspolitik diskreditieren. Welch große soziale und kulturelle Leistungen könnte der Staat erbringen, wenn er das in Rüstung und Kriegsführung investierte Geld für eine den Menschen dienende Politik ausgeben würde!«

Wir haben einen guten Kameraden verloren. Wir werden unseren Frido Seydewitz stets in ehrender Erinnerung behalten.

VVN-BdA Sachsen, Landesvorstand

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion:
Landesverband Sachsen des VVN-BdA,
Strehleener Straße 14, 01069 Dresden, Tel.
0351/4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de
oder vvn-vogtland@t-online.de
Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN:
DE90 8508 0000 0528 2111 02